



Medienkonferenz „Was gegen Stalking getan werden kann“, Dienstag, 17. März 2015, 9.30 Uhr,  
Politforum Käfigturm, Marktgasse 67, Bern

## SPEAKING NOTE VON GEMEINDERAT RETO NAUSE

Geschätzte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie herzlich zum heutigen Medienanlass der Fachstelle Stalking-Beratung der Stadt Bern.

Bereits im Jahr 2010 haben wir Sie in den Käfigturm eingeladen, um über die Gründung der Fachstelle und ihr Angebot zu informieren. Heute – fünf Jahre danach – sind wir wieder hier und ziehen erstmals Bilanz.

### Rückblick

Erfreulich ist: Die Fachstelle hat sich gut etabliert. Ins Leben gerufen wurde sie damals mehr oder weniger „aus der Not“, weil es beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz immer wieder zu Meldungen kam, dass vor allem Frauen von ihren Ex-Partnern oder anderen Personen gestalkt werden.

Das Thema war zu dieser Zeit in der Öffentlichkeit noch nicht im selben Mass bekannt wie heute. Die Fachstelle Stalking-Beratung des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz war denn auch die erste spezialisierte Beratungsstelle zu diesem Thema in der Schweiz.

Mittlerweile hat sich die Stelle weiter entwickelt, ist gut vernetzt und bietet ein professionelles Angebot für alle, die durch Stalking bedroht werden.

Dass die Fachstelle einem Bedürfnis entspricht, zeigen die Beratungen. Deren Zahl ist in den letzten Jahren stetig gestiegen: 2012 wurden 30 Beratungen durchgeführt, 2014

waren es bereits 170. Und wir können bereits heute sagen, dass die Nachfrage auch in diesem Jahr – leider – weiterhin gross ist.

Wir werden Ihnen heute einerseits aufzeigen, wie sich die Zahl der Stalking-Fälle entwickelt hat und welche Veränderungen wir dabei festgestellt haben, etwa im Bereich des Cyberstalkings. Andererseits werden wir Ihnen anhand konkreter Fälle schildern, was es heisst, gestalkt zu werden.

### Stalking und seine Folgen

Unter Stalking versteht man das systematische und wiederkehrende Verfolgen, Belästigen und Bedrohen einer Person. Dabei können die Taten von sehr unterschiedlicher Schwere sein: Von aufdringlichem Werben über ständigem Herumlungern vor der Wohnung oder dem Arbeitsplatz bis hin zu massiven Einschüchterungen.

Aussenstehende können sich kaum vorstellen, was dies für die Betroffenen bedeutet. Stalking kann erheblichen seelischen Schaden anrichten und Leute komplett aus der Bahn werfen.

Umso wichtiger ist es, dass Betroffene rasch und unkompliziert Unterstützung erhalten, wie dies die Fachstelle Stalking-Beratung bietet. In den letzten Jahren haben zahlreiche Frauen und Männer das Angebot genutzt und sich aufzeigen lassen, welche Möglichkeiten sie haben, um sich gegen Stalking zu schützen.

Und diese Möglichkeiten gibt es. Stalking, das ist eine wichtige Erkenntnis aus den fünf Jahren Beratungstätigkeit, kann man stoppen. Wie, das werden Ihnen Ester Meier und Natalie Schneiter im Anschluss erläutern.

### Fehlender Straftatbestand

Leider ist es so, dass Stalking in der Schweiz nach wie vor kein Straftatbestand ist. Es ist zwar möglich, gegen jemanden, der einen bewusst belästigt, zivilrechtlich eine Fernhalteverfügung zu erwirken (*Art. 28b ZGB, Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen*). Allerdings setzen die zivilrechtlichen Möglichkeiten immer die Initiative des Opfers voraus.

Der strafrechtliche Weg kann erst beschritten werden, wenn ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt, wenn also bereits „etwas passiert“ ist, z.B. bei Nötigung oder schwerer Körperverletzung.

Was entsprechend fehlt, ist ein Instrument für den Fall, dass es zu einem lang andauernden sogenannten „Soft-Stalking“ kommt, dabei aber kein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt. Dabei ist auch diese Form des Stalkings für die Betroffenen äusserst belastend.

Auf Bundesebene sind zurzeit verschiedene Bemühungen in Gang, um den Schutz vor Stalking zu verbessern (*u.a. Postulat Yvonne Feri*).

Wir würden es aus unserer Sicht begrüßen, wenn es künftig nebst dem zivilrechtlichen Weg auch strafrechtliche Möglichkeiten geben würde, um gegen Stalking vorzugehen. Die entsprechenden Diskussionen auf nationaler Ebene werden wir somit mit Interesse verfolgen.